

Prognose

# KRIEGSGEWINN: PROGNOSEN UND VIELE UNBEKANNTE

Realität

## pressecheck | konflikte: kriegsökonomie

Roland Keller, Publizist | [www.presse-check.ch](http://www.presse-check.ch)



Kein Krieg ist vollständig berechenbar.  
Jeder Krieg beginnt mit Annahmen,  
doch sein Verlauf besteht aus Variablen.

Basel, 2. Juni 2026. ANALYSE von Roland Keller

### Kriege als negative Produktion

Krieg ist keine normale Form politischer Produktion. Er erzeugt nicht zuerst Wert, sondern verbraucht Menschen, Material, Kapital, Infrastruktur, Zeit, Vertrauen und staatliche Handlungsfähigkeit.

Er kann kurzfristig politische Ziele erzwingen, doch militärökonomisch ist er meist eine Form negativer Produktion:

Der Aufwand ist sicher, der Gewinn ungewiss.

Kein Krieg ist vollständig berechenbar. Jeder Krieg beginnt mit Annahmen, doch sein Verlauf besteht aus Variablen, die sich dem Zugriff der Planer entziehen: gegnerische Anpassung, Logistik, Moral, Wetter, Bündnisreaktionen, technologische Überraschungen, innere Erschöpfung und politische Nebenfolgen. Krieg gleicht daher weniger einem industriellen Projekt als einem Brand in einem Magazin: Wer ihn auslöst, kennt den Zündpunkt, aber nicht die Ausbreitung.

### Hauptthese: Kriege werden oft durch Fehlkalkulationen fortgesetzt

Kriege beginnen häufig mit der Erwartung schneller politischer oder militärischer Gewinne. Die Führung rechnet mit Schock, Einschüchterung, Kapitulation oder rascher Neuordnung. Sobald die Kosten steigen und der erwartete Erfolg ausbleibt, entsteht eine strategische Falle. Entscheidungsträger setzen den Krieg dann nicht mehr fort, weil der Sieg wahrscheinlicher wird, sondern weil ein Abbruch gegenüber Verbündeten, Gegnern und der eigenen Bevölkerung als Scheitern erscheinen könnte.

Damit verschiebt sich die Logik des Krieges. Am Anfang steht das Ziel. Später dominiert die Rechtfertigung der bereits erbrachten Opfer. Der Krieg wird nicht mehr durch den erwarteten Ertrag getrieben, sondern durch die Angst, den Verlust politisch eingestehen zu müssen.

### Die Sunk-Cost-Falle als Schlüsselbegriff

Die zentrale analytische Kategorie ist die Sunk-Cost-Fallacy, auf Deutsch etwa: Fehlschluss der versunkenen Kosten. Gemeint ist der Irrtum, ein verlustreiches Projekt müsse fortgesetzt wer-

den, weil bereits viel investiert wurde.

Ökonomisch sind versunkene Kosten für die Zukunftsentscheidung irrelevant. Politisch wirken sie jedoch wie eine Fessel.

Im Krieg bedeutet das: Je mehr Soldaten gefallen sind, je mehr Material verbraucht wurde, je mehr Geld gebunden ist und je stärker eine Führung ihr Prestige an den Sieg geknüpft hat, desto schwerer wird der Ausstieg. Rational wäre häufig die Prüfung eines Abbruchs oder einer Begrenzung. Politisch erscheint genau dieser Schritt als Niederlage.

Die Sunk-Cost-Falle verwandelt frühere Verluste in scheinbare Gründe für weitere Verluste. [1]

## **Ukrainekrieg: Putin und die Legitimationsfalle**

Der russische Krieg gegen die Ukraine lässt sich als Beispiel einer militärökonomischen Kostenfalle beschreiben. Russland begann den Angriff vom 24. Februar 2022 mit der erkennbaren Erwartung, die Ukraine rasch militärisch zu unterwerfen oder politisch zu brechen. Die UNO-Generalversammlung verurteilte den Angriff im März 2022 mit grosser Mehrheit und verlangte den Rückzug der russischen Streitkräfte. [2]

Russland hat seither enorme militärische, wirtschaftliche und politische Ressourcen eingesetzt, ohne einen entsprechenden strategischen Gewinn zu erzielen. Die Kosten sind real: hohe Militärausgaben, Sanktionsdruck, Abnutzung von Gerät, Verlust qualifizierter Kräfte, diplomatische Isolation gegenüber grossen Teilen des Westens und langfristige Abhängigkeit von China, Iran und Nordkorea. SIPRI schätzte Russlands Militärausgaben 2025 auf rund 190 Milliarden Dollar beziehungsweise **7,5 Prozent** des Bruttoinlandprodukts. [3]

Der Krieg wurde dadurch zur Legitimationsfalle. Putin muss weitermachen, weil ein offener Rückzug die ursprüngliche Kriegsbeurteilung entwerten würde. In dieser Logik ist nicht mehr der ursprüngliche Kriegszweck entscheidend, sondern die Vermeidung des sichtbaren Scheiterns.

## **Trump, Iran und die Falle maximaler Härte**

Donald Trump steht in einem anderen, aber verwandten Muster. Seine politische Methode beruht auf Drohung, Eskalation und dem Anspruch, durch maximale Härte bessere Vereinbarungen zu erzwingen. Diese Methode kann kurzfristig Wirkung entfalten. Ihr Risiko liegt darin, dass öffentlich eingesetztes Prestige spätere Beweglichkeit zerstört. Wer maximale Härte ankündigt, kann nur schwer zurückweichen, ohne Schwäche zu signalisieren.

Im Iran-Konflikt 2026 ist deshalb entscheidend, nicht propagandistisch von „Sieg“ oder „Niederlage“ zu sprechen, sondern die Kostenstruktur zu prüfen.

Reuters berichtete im Juni und Juli 2026 über technische Gespräche zwischen den USA und Iran zur Sicherung eines Friedensabkommens und zur Wiederaufnahme der Schifffahrt durch die Strasse von Hormus. Gleichzeitig wurde berichtet, dass der Iran weiterhin von theokratischen Machthabern kontrolliert wird und die innere Repression nach dem Krieg verschärft wurde.

Die Behauptung, die Mullahs seien verschwunden und durch eine stabile Militärdiktatur ersetzt worden, ist daher nicht ausreichend belegt. [4]

Fest steht dagegen: Die Strasse von Hormus bleibt ein ausserordentliches Druckmittel. Nach Angaben der US Energy Information Administration liefen 2024 im Durchschnitt rund 20 Millionen Barrel Öl pro Tag durch diese Meerenge, etwa 20 Prozent des weltweiten Verbrauchs an Erdöl und seinen Derivaten. Wer diese Route glaubwürdig bedrohen kann, besitzt kein gewöhnliches regionales Instrument, sondern einen Hebel gegen die Weltwirtschaft. [5]

## **Krieg als schlechte Investition**

Militärökonomisch lautet die Kernaussage: Angriffskriege sind meist schlechte Investitionen. Der mögliche Gewinn ist unsicher, die Kosten sind sicher. Menschen, Material, Infrastruktur, Rüstungsreserven, internationale Stellung und innenpolitische Stabilität werden real verbraucht. Krieg erscheint zu Beginn oft als machbar, weil Planer die Anfangsphase modellieren. Sie unterschätzen jedoch die Anpassungsfähigkeit des Gegners und die Trägheit eigener Fehler.

Die eigentliche Kriegsökonomie beginnt nicht mit der ersten Offensive, sondern mit der Dauer. Je länger ein Krieg dauert, desto stärker dominieren Abnutzung, Ersatzteilmangel, Munitionsverbrauch, Rekrutierungsprobleme, fiskalische Lasten und politische Ermüdung. Die Unbekannten verdrängen die Planannahmen. Aus Strategie wird Verwaltung des Schadens.

## **Der Begriff Stellvertreterkrieg ist analytisch unscharf**

Den Krieg in der Ukraine einfach als Stellvertreterkrieg zu bezeichnen, verschiebt den Fokus vom Hauptsachverhalt. Russland hat die Ukraine angegriffen. Externe Waffenhilfe, westliche Interessen und geopolitische Rivalitäten existieren, ändern aber nicht die Grundstruktur des Konflikts: Ein souveräner Staat wurde militärisch angegriffen.

*Gleichzeitig wäre es analytisch falsch, die Vorgeschichte auszublenden. Die Ukraine unterhielt bereits vor 2014 formelle Beziehungen zur NATO. Die NATO-Ukraine-Partnerschaft geht auf 1997 zurück; 2012 wurde das 15-jährige Bestehen dieser Partnerschaft offiziell gewürdigt. Zudem genehmigte Präsident Janukowitsch 2012 ein Jahresprogramm der Ukraine-NATO-Kooperation. [6]*

Es ist davon auszugehen, dass die NATO die „Maidan-Revolution“ im Hintergrund vorbereitet und gesteuert sowie die Ukraine gezielt destabilisiert hat. Die „Basler Liberalen Nachrichten“ erhielten Hinweise, wonach private britische Einheiten mit 280 Mann des SAS, des Special Air Service, die Maidan-Revolution angezettelt hätten. In den geprüften offenen Belegen fand sich dafür jedoch keine belastbare Bestätigung. Die NATO-Kooperation mit der Ukraine vor 2014 ist belegt. Eine offizielle westliche Steuerung des Maidan in der genannten Form ist hingegen natürlich nicht belegt.

Allerdings sagte Tschechiens Ex-Präsident Vaclav Klaus 2014:

*„Weder Russland, noch Putin haben das verursacht, was auf dem Kiewer Maidan ausgebrochen ist“, sagte er in einem Interview für das tschechische Fernsehen. „Die Situation wurde von Westeuropa und den Vereinigten Staaten umgekippt.“*

(Basler Liberale Nachrichten Nr.16 / 27. April 2014)

Die Gegenposition bleibt wichtig: Realistische Autoren wie **John J. Mearsheimer** argumentieren, die westliche Politik aus NATO-Erweiterung, EU-Ausdehnung und Demokratieförderung habe Russlands Bedrohungswahrnehmung verschärft und zur Krise beigetragen. Diese Deutung erklärt russische Wahrnehmungen, hebt aber nicht die Verantwortung Russlands für den Angriffskrieg auf. [7]

## **Russland: Anspruch und tatsächliche Machtbasis**

Ein weiterer Punkt ist die Unterscheidung zwischen imperialem Anspruch und tatsächlicher Machtbasis. Russland beansprucht Grossmachtstatus, besitzt aber nicht mehr die ökonomische, demographische und industrielle Tiefe der früheren Sowjetunion. Die Weltbank bezifferte Russlands nominales Bruttoinlandprodukt 2024 auf rund 2,17 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Die USA lagen bei rund 28,75 Billionen Dollar, China bei rund 18,74 Billionen Dollar. [8]

Russland bleibt eine Nuklearmacht, eine Rohstoffmacht und eine militärisch gefährliche Landmacht. Aber es ist kein zweites sowjetisches Imperium.

Seine Landmasse ist riesig, seine Infrastruktur ungleich verteilt, seine ethnische und regionale Balance politisch empfindlich.

Daraus folgt: Russland kann zerstören, blockieren und eskalieren; es kann aber nicht ohne weiteres dauerhaft expandieren und grosse zusätzliche Räume stabil verwalten.

Die Vereinigten Staaten bleiben derzeit der einzige globale militärische Hegemon, wenn auch mit wachsender fiskalischer und industrieller Belastung.

Europa ist wirtschaftlich stark, militärisch aber kein einheitlicher strategischer Akteur. Die europäische Schwäche liegt nicht im Geld allein, sondern in Fragmentierung, langsamer Beschaffung, politischer Uneinigkeit und fehlender strategischer Kultur. IISS und Europäische Verteidigungsagentur weisen seit Jahren auf Fähigkeitslücken, Beschaffungsprobleme und den Nachholbedarf europäischer Verteidigung hin. [9]

Auch die Verschuldung ist ein strukturelles Problem. In den USA meldet das Finanzministerium täglich die ausstehende Bundesschuld; der Kongress-Haushaltsdienst erwartete für 2026 ein Defizit von 1,9 Billionen Dollar. In Europa liegt die Lage je nach Staat unterschiedlich, doch die Kombination aus Sozialstaat, Zinslast, Rüstungsausgaben und schwachem Wachstum begrenzt den Handlungsspielraum. [10]

## **Gegensätzliche Ordnungsmodelle**

Der Ukrainekrieg ist nicht nur ein Territorialkrieg. Er ist auch ein Konflikt zweier Ordnungsmodelle. Auf der einen Seite steht das Prinzip souveräner Staaten mit rechtlich geschützten Grenzen. Auf der anderen Seite steht ein imperiales Modell, in dem grössere Mächte kleineren Staaten Einflusszonen, Vasallenstatus oder eingeschränkte Souveränität zuweisen.

Diese Unterscheidung ist zentral.

Wer nur auf Waffenlieferungen, NATO, Rohstoffe oder innenpolitische Interessen blickt, übersieht den normativen Kern des Konflikts. Wenn Grenzen durch Gewalt neu gezogen werden dürfen, wird nicht nur die Ukraine geschwächt, sondern die Grundregel europäischer Sicherheit nach 1945.

## **Nicht jeder Krieg folgt dem Geld**

Eine einfache Follow-the-money-Erklärung greift zu kurz.

Manche Kriege haben klare ökonomische Motive: Schatzkammern, Handelswege, Ressourcen, Häfen, Zölle oder Arbeitskräfte.

Viele moderne Kriege entstehen jedoch aus Statusdenken, ideologischer Selbsttäuschung, imperialem Anspruch, Sicherheitsangst oder innenpolitischer Herrschaftssicherung.

Geld erklärt viel, aber nicht alles. Es erklärt die Mittel, die Tragfähigkeit und die Profiteure. Es erklärt aber nicht vollständig die Hybris, die Feindbilder und die symbolischen Zwänge, die Führungen in Kriege treiben und dort festhalten.

## **Fazit**

Kriege bestrafen Hybris. Wer einen Krieg beginnt, überschätzt meist die eigene Macht, unterschätzt den Gegner und verkennt die Eigendynamik militärischer Abnutzung.

Der Anfang eines Krieges gehört den Plänen. Der Verlauf gehört den Unbekannten.

Sobald die Kosten steigen, kann der Krieg zur politischen Zwangsmaschine werden. Dann treibt nicht mehr der erwartete Gewinn den Krieg weiter, sondern die Angst vor dem Eingeständnis des Verlustes.

Genau darin liegt die zerstörerische Logik negativer Produktion: Der Krieg verbraucht die Mittel, mit denen seine ursprünglichen Ziele angeblich erreicht werden sollten.

## Quellen:

- [1] Zur Sunk-Cost-Falle im Krieg: Mercatus beschreibt die „sacrifice trap of war“ als konfliktbezogene Form der Sunk-Cost-Fallacy; Cato wendet das Muster auf Afghanistan und Vietnam an.
- [2] Zur UN-Resolution gegen Russlands Angriff: Die UNO-Generalversammlung nahm am 2. März 2022 Resolution ES-11/1 an und verlangte den Abzug russischer Kräfte aus der Ukraine.
- [3] Zu Russlands Kriegskosten: SIPRI schätzte Russlands Militärausgaben 2025 auf 190 Milliarden Dollar beziehungsweise 7,5 Prozent des BIP.
- [4] Zum Iran-Konflikt 2026: Reuters berichtet über US-Iran-Gespräche, ein Zwischenabkommen, die Strasse von Hormus und zugleich über fortbestehende theokratische Herrschaft und Repression.
- [5] Zur Strasse von Hormus: Die EIA beziffert den Ölfluss 2024 auf rund 20 Millionen Barrel pro Tag, etwa 20 Prozent des weltweiten Verbrauchs an Erdölflüssigkeiten.
- [6] Zur NATO-Ukraine-Kooperation vor 2014: NATO verweist auf die Partnerschaft seit 1997; Kyiv Post/Interfax berichtete 2012 über Janukowitschs Genehmigung eines Jahresprogramms der Ukraine-NATO-Kooperation.
- [7] Zur Gegenposition: Mearsheimer argumentierte 2014, NATO-Erweiterung, EU-Ausdehnung und Demokratieförderung hätten zur Ukrainekrise beigetragen. Eine gegenteilige Einordnung findet sich etwa bei EUvsDisinfo, das die These einer westlich gesteuerten Maidan-Revolution zurückweist.
- [8] Zur relativen Machtbasis Russlands: Weltbankdaten nennen 2024 ein nominales BIP von rund 2,17 Billionen Dollar für Russland, 28,75 Billionen Dollar für die USA und 18,74 Billionen Dollar für China.
- [9] Zu Europas militärischer Fragmentierung und Fähigkeitslücken: IISS und Europäische Verteidigungsagentur behandeln Nachholbedarf, Beschaffung, Finanzierung und industrielle Kapazitäten.
- [10] Zur fiskalischen Belastung der USA: Das US-Finanzministerium führt die tägliche Bundesschuld; das Congressional Budget Office erwartete für 2026 ein Defizit von 1,9 Billionen Dollar.